

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 148.

Sonnabend, den 28. Juni 1919.

17. Jahrgang.

Tageschau.

In Hamburg stehen Eingriffe der Reichswehrtruppen bevor.

Die Unterzeichner des Schmachtfriedens, ein Sozialdemokrat und ein Zentrumsmann, haben sich auf den Weg gemacht.

Scheuermann ist freigelassen.

Die „Regierung“ schreitet gegen General Hoffmann ein.

Die preussische Regierung bleibt im Amt.

Zwei Unterzeichner.

Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Die offiziöse Mitteilung fügt hinzu: Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und persönlichen Schwereit Opfer nicht entziehen zu dürfen. Herr Erzberger hatte wohl nicht den Mut zur Unterzeichnung seines Friedens?

Eine vorangegangene Meldung unseres Berichterstatters aus Paris besagte:

Der Rat der Vier hat beschlossen, keine weiteren Verzögerungen zu bewilligen und Herrn von Daniel beauftragt, seiner Regierung zu melden, daß sie sofort mitteilen solle, wann sie unterzeichnen wolle. Wenn die Antwort ausweichend ist, um mehr Zeit zu gewinnen, würde ein neues Ultimatum an die deutsche Regierung gesandt werden.

Heute früh meldet WTB: Gesandter von Daniel hat Clemenceau eine Note zu stellen lassen, in der er im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen den alliierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß als deutsche Bevollmächtigte zur Vertragsunterzeichnung nunmehr bestimmt sind: Hermann Müller und Dr. Bell.

Der französische Friedensauschuss macht Vorbehalten.

Wie die Pariser Blätter melden, haben die Kammergruppen den Friedensauschuss ernannt. Wie „Matin“ mitteilt, wurden grundsätzlich für die Ratifizierung des Vertrages in mehreren Gruppen sehr wichtige Vorbehalte gemacht, hauptsächlich hinsichtlich der Bedingungen der Durchführung des Vertrages und der Unzulänglichkeit der von Deutschland in den finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Bestimmungen geforderten Bürgschaften. Die sozialistische Gruppe hat ihren Mitgliedern keinen bindenden Auftrag erteilt. Sie werden sich den Beschlüssen der Nationalkongresspartei fügen müssen. Die republikanisch-sozialistische Gruppe will die Regierung auffordern, dem Vertrag einen Zusatz zu geben, über Wiedergutmachungen für die Verletzung in Scapa Flow und die Verbrennung der Fahnen in Berlin. Als Vorsitzenden für den Ausschuss nennt man Briand oder Renaud. Als Berichterstatter wird Viviani oder Renaud genannt. Der Friedensauschuss wird voraussichtlich am Montag zunächst die Regierung hören. — „Humanité“ meldet, daß das Kartell der französischen Arbeiterverbände eine Tagesordnung angenommen hat, worin die Arbeiterschaft daran wird, daß ihre Forderungen ausschließlich durch den Generalfstreik aller Länder und Verbände befriedigt werden. Er sei in Vorbereitung, um der bewaffneten Unternehmung ein Ende zu machen. Die Vertreter der italienischen und französischen Arbeitergewerkschaften unternehmen täglich Schritte bei den englischen Arbeiterorganisationen. Die Bewegung könne nicht beschleunigt noch ihre Form geändert werden, ohne den Erfolg in Frage zu stellen. Das aber wäre sozial und wirtschaftlich so bedenklich, daß jeder es erkennen müsse. Deshalb sei ein sofortiger Generalfstreik unmöglich.

Die Entente fordert „Genugtuung“ für die Versenkung der deutschen Flotte.

Clemenceau erklärte in einer Note an die deutsche Delegation, die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow sei eine Verletzung der Artikel 23 und 31 der Waffenstillstandsbedingungen, ein großer Vertrauensbruch und ein vorläufiger Bruch der Friedensbedingungen, ehe diese noch in Kraft traten. Die Verbrennung der Fahnen in Berlin sei genau dieselbe Verletzung. Die Alliierten würden sich Genugtuung verschaffen und die Verfolgung derjenigen Personen, welche dies verursacht haben, durch ein kriegsgerichtliches Verfahren einleiten. Jede Wiederholung derartiger Handlungen müsse die unglücklichsten Folgen für die Durchführung des Vertrages haben.

Mehrere französische Kammermitglieder haben eine Entschlebung eingebracht, welche die möglichst rasche Zerstörung des Niederwalddenkmals als Züchtigung Deutschlands für die Versenkung seiner Flotte und die Verbrennung französischer Fahnen fordert.

Alle diese Drohungen können wahrhaft national empfindende Deutsche nicht abhalten, für die Wahrung der nationalen Ehre zu tun, was ihnen nötig und gut erscheint.

Aufhebung der Blockade.

Nach dem „Manchester Guardian“ ist dem Liverpooler Abdererverein von der englischen Regierung als vorläufiger Termin für die Aufhebung der Blockade der 20. Juli angegeben worden.

Italien ist unbefriedigt.

Nach einer Neutermelung erklärte Tittoni im italienischen Senat, die italienische Regierung bleibe fest darin, daß der Londoner Vertrag erfüllt werde. Die von England in Afrika angebotene Entschädigung sei befriedigend, dagegen müßte die von Frankreich angebotene erhöht werden.

Zur Lage.

Die an anderer Stelle verzeichnete Erklärung Noskes, jeglichen Putschversuch mit Wassengewalt zu unterdrücken, ist natürlich von der Parteileitung der Unabhängigen als eine Herausforderung der Arbeiter ausgelegt und die Einstellung des Vormarsches der Truppen auf Hamburg gefördert worden. In spaltenlangen Leitartikeln versucht die „Freiheit“ die Harmlosigkeit der Vorgänge in Hamburg darzustellen und der Regierung alle Schuld in die Schuhe zu schieben. Allem Anschein nach hat man in Hamburg zu früh losgeschlagen, ehe noch die Vorbereitungen für den großen geplanten Putsch beendet waren. Nichts würde für Deutschland verderblicher als eine neue Umwälzung sein, denn mit einer bolschewistischen Regierung würde die Entente niemals Frieden schließen. Auch wäre ihr dann der langersehnte Grund zur Besetzung Deutschlands bis Berlin gegeben. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, bleibt die Regierung fest. Sie hat Vorkehrungen getroffen, jeglichen Putsch zu unterdrücken und wenn es auf blutigem Wege sein mußte. Trotzdem ist heute die Lage in Berlin sehr ernst.

Die Gleichgültigkeit, mit der die preussische Regierung der Bewegung der Eisenbahner gegenüber gestanden hat, beginnt sich bitter zu rächen. Die streikenden Eisenbahner beginnen alle Vorbereitungen für einen allgemeinen Eisenbahnerausstand zu treffen. Was eine derartige Stilllegung für unser Wirtschaftsleben bedeutet, liegt klar auf der Hand. Dazu kommt noch, daß heute (Freitag) die Entscheidung über einen Straßenbahnerausstand in Berlin fallen soll. Wiederholt ist im Staatshaushaltsauschuss von deutschnationaler Seite auf die dringliche Notwendigkeit einer geordneten Interessensvertretung der Eisenbahnbeamten hingewiesen worden. Aber die Warnungen sind wirkungslos verhallt. Jetzt machen sich überall die Auflösungserscheinungen geltend und innerhalb der Regierung herrscht große Ratlosigkeit.

Scheuermann entlassen. Oberst Henry ließ den Gesandten von Daniel davon in Kenntnis setzen, daß zur Vermeidung weiterer Unannehmlichkeiten die Freilassung des verhafteten Mitgliedes der Pressegruppe der deutschen Friedensdelegation und Vertreters der Deutschen Tageszeitung Wilhelm Scheuermann angeordnet worden ist.

Hamburg-Berliner Aufruhrfäden.

Pläne zur zweiten Revolution.

Es ist festgestellt, daß zwischen den Leitern des Hamburger Aufruhrs und den Mitgliedern des Berliner Volksrates eine Verbindung hergestellt war. Von Hamburg aus wurde nach Berlin mitgeteilt, man hoffe, jetzt von Hamburg aus die zweite Revolution über das ganze Reich einzuleiten. Darauf antwortete Berlin: Bravo. Ferner wurde von Hamburg nach dem Amtssitz des Volksrates mitgeteilt, daß in Hamburg eine großzügige Bewaffnung des Proletariats durchgeführt werden solle, um Hamburg in großartigem Kampf gegen die Regierungstruppen zu verteidigen. Um alle solche Bestrebungen im Keime zu ersticken, wurde der Befehl gegeben, die kommunistischen und unabhängigen Mitglieder des Volksrates zu verhaften. Da sich jedoch herausstellte, daß keiner der Verhafteten das fragliche Telefongespräch mit Hamburg geführt hatte, wurde die Verhaftung wieder aufgehoben.

Der Aufruhr in Hamburg muß darum schnell und energig beendet werden, weil die Lebensmittelversorgung Deutschlands in der Hauptsache über Hamburg erfolgt.

Die Regierung greift in Hamburg ein. Die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg sind eingeleitet. Da die Kräfte der Hamburger Volkswehr gegen die Aufständischen nicht ausreichen, ist General von Lettow-Vorbeck beauftragt worden, mit einer großen Abteilung in Hamburg einzuzücken und die Ruhe wieder herzustellen.

Die Regierung entschuldigt sich...

Vorwürfe gegen General Hoffmann.

WTB. meldet: Oberbischleische und französische Blätter bringen eine Warschauer Drahtmeldung, wonach die polnische Gesandtschaft in Wien folgende angeblich ausgegangene Runddepesche der deutschen Regierung in ihren Händen habe: „Regierung wird unterzeichnen. Trotzdem werden Herzing für Oberschlesien, Winnig für Ost- und Westpreußen den Krieg gegen Dänen erklären. Regierung wird sich offiziell widersetzen, inoffiziell aber das Unternehmen mit allen Kräften unterstützen“. Mit allem Nachdruck sei festgestellt, daß die Regierung solch ein Telegramm nie abgesandt und solch eine Haltung nie angenommen hat. Ihr ist es nach dem furchtbaren schweren Entschluß der Unterzeichnung unbedingt ernst mit der Durchführung des Vertrages. Allerdings kommt dieser ihr unveränderlicher Entschluß ohne ihre Schuld in ein zweifelhaftes Licht, wenn einzelne, wie z. B. General Hoffmann, erklären, daß sie auch gegen den Willen der Regierung die Bestimmungen des Vertrages nicht anerkennen und sich ihnen mit Gewalt widersetzen werden. Die Korrespondenz, die sich nicht gescheut hat, das Reichsinteresse durch Verbreitung der Hoffmannschen Kundgebung zu schädigen, hat der Reichswehrminister verboten.

Das Vorgehen des Generals Hoffmann wird in weiten Kreisen unseres Volkes Billigung finden. Daß die „Regierung“ davon unangenehm berührt ist, ist selbstverständlich.

Im Haushaltsauschuss der Preussischen Landesversammlung erklärt Minister Dejer über die Vorgänge bei der Eisenbahndirektion Erfurt u. a.: Die Erfurter Vorgänge müssen im Zusammenhang mit der überall unter den Eisenbahnerbetrieblern radikalen Agitation betrachtet werden. Sie fanden ihren prägnantesten Ausdruck auf den Eisenbahnerkongressen in Frankfurt und Berlin, wo das Wort fiel: Wer die Eisenbahn hat, hat die Hand an der Gurgel des Staates. Die Ereignisse wurden von der gesamten Reichs- und Staatsregierung so ernst beurteilt, daß sie ihrer Absicht, den Status quo ante wieder herzustellen, durch die Anwesenheit militärischer Macht den erforderlichen Nachdruck gab.

Die Klemme Clemenceaus.

Der Sieger ist und bleibt der Sieger. Stolz und Hochgefühl schwellt seine Brust. Gegenwart wie Zukunft stellen sich ihm in rosa-rottem Lichte dar. Für Staatsumwälzungen, die ihn leicht um den Preis des Triumphes bringen könnten, hat er naturgemäß sehr wenig übrig. Das glorreiche Land vergöttert die Männer, die ihm den Lorbeer erkämpft haben, ist ihnen von Herzen dankbar und denkt nicht daran, mühevoll, blutig Erstrittenes durch Straftumulte und Bürgerkrieg zu gefährden. Deshalb war es eine Dummheit ohne gleichen, am 9. November die Fabel von der Meuterei in den französischen Schützengräben und der Hissung roter Flaggen auf englischen Kriegsschiffen zu glauben. Und übereilter Illusionsdusel war es auch, schon damals Frankreich, England, Italien, Belgien usw. als reif für den Bolschewismus hinzustellen. Der Bolschewismus fällt zunächst nur hoffnungslos geschlagene, unglückliche Völker an.

Andererseits sind sich freilich schon seit mehr als zwei Jahren alle einsichtigen Politiker darüber klar, daß die feindlichen Mächte unter dem Kriege genau so schwer, wenn nicht in mancher Beziehung noch schwerer gelitten haben als wir. Wiederholt schwebten sie am äußersten Rande des Abgrundes, und nur die Tatsache, daß wirkliche Männer an ihrer Spitze standen, entschlossene Eisenköpfe, hat sie vor dem Untergang bewahrt. Nichts ist ja so töricht und unwahr zugleich gewesen, wie das Wort: Deutschland habe während des ganzen Kampfes niemals Siegesaussichten gehabt, und wer bei uns an einen Sieg geglaubt habe, sei ein Narr gewesen. Wir erfahren jetzt das Gegenteil fast von Tag zu Tag aus den Zeitungen der Widerfächer. Aber nicht nur militärisch hat uns der Triumph wiederholt gewinkt; auch die wirtschaftliche Kraft der Feinde ist oft so gut wie am Ende gewesen. Selbst der Sieg rettet Frankreich nicht vor dem Bankrott. Und weil Herr Clemenceau das weiß, hat er mit den äußersten Mitteln aus Deutschland die hundert Milliarden herausgepreßt, die Frankreich im Kriege verloren hat und deren Rückerstattung allein das Land vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten kann.

Nach den Mitteilungen Clemenceaus beträgt die französische Nationalschuld jetzt 200 Milliarden Franken. Von den 40 Millionen Franzosen hat also jeder, ob Greis oder Säugling, eine Staatsschuld von 5000 Franken zu tragen. Erwerbstätige Männer gibt es in Frankreich heute nicht mehr ganz 13 Millionen. Auf jeden Arbeitenden entfällt also eine Schuld von 15000 Franken, was 325 Franken überlich an Zinsen ausmacht.

Ohne uns, ohne die deutsche Sklavensarbeit ist Frankreich finanziell verloren. Hat es doch schon vor dem Kriege fürchtbar bluten müssen, sind doch damals ungeahnte Milliarden nach Rußland gewandert, auf deren Rückkehr trotz aller Abmachungen mit den Polen nicht gerechnet werden darf. Hinzu kommt, daß sich der Außenhandel des Landes, auf den es verhältnismäßig stark angewiesen ist, immer ungünstiger gestaltet hat. Nach den Ergebnissen des ersten Vierteljahres 1919 wird das Land für das ganze Jahr etwa 25 Milliarden Einfuhr, dagegen nur 4 bis 5 Milliarden Ausfuhr haben. Die Hoffnungen, die sich auf den anzubahnenden Eisenexport aus den besetzten Gebieten begründeten, sind sehr faden-scheinig. Erstens kann Frankreich sich nicht rasch auf die ungenutzte neue Arbeit einstellen, und zweitens hat es mit dem zermalenden Wettbewerb der Amerikaner auf dem Weltmarkt zu rechnen. Also auch hier öffnen sich ihm keine irgendwie erfreulichen Zukunftsaussichten.

Die eigentliche Gefahr aber erwacht der Pariser Regierung zurzeit aus der gewaltigen Arbeiterbewegung, die sich rastlos weiter ausbreitet und verhärtet. Gerade wie die englischen Arbeiter bilden auch die französischen mit Neid auf die beträchtlichen Entkommen der deutschen Wertleute. Sie verlangen als Steger mindestens ebenso hohe Löhne, wie die Besiegten sie beziehen, daneben die endliche Einführung der deutschen Arbeiterschutzgesetze auch in ihren Ländern. Besonders nachdrücklich wird der Achtstunden-Tag angestrebt. Freilich kann sich Clemenceau noch auf seine Polizei und seine Soldaten verlassen, und bei den Pariser Mai-Unruhen ist es den Streikenden befalliglich übel genug gegangen. Trotzdem bleibt die Frage offen, wie lange die schon früher schwer erschütterte französische Mannszucht neuen Belastungen gewachsen sein wird. Schon hat sich vor Odessa die französische Flotte geweigert, gegen die Bolschewisten Partei zu ergreifen; schon sind die französischen Führer in Rußland gezwungen worden, ihre Truppen zurück zu ziehen. Ganz offen hörte man es in Frankreich ausprechen, daß die Soldaten keine Lust haben, gegen Arbeiter anderer Länder zu kämpfen. Handelte es sich bei diesen Ankündigungen auch oft um Ausbrüche des gallischen Temperaments, so mußte doch unbedingt mit der großen Kriegsmüdigkeit der Leute gerechnet werden.

Frankreich wird die völlige Auszehrung und Zerschmetterung Deutschlands trotz allem nicht durchsehen können, wenn sich unsere Regierung einigermaßen manhaft zeigt. Will Herr Clemenceau seinen Räuberfrieden, dessen Unterzeichnung er uns abgepreßt hat, durch Taten erzwingen, so möge er seine Divisionen gegen uns in Bewegung setzen. Es kann ihm dann sehr leicht ergehen, wie dem gierigen Kaufmann in der morgenländischen Fabel, der an neunmundernig mit Gold und Edelsteinen hoch bepackten Kamelen noch nicht genug hatte, sondern auch das Hundertste haben wollte. Er verlor schließlich alles und blieb als blinder Bettler am Wege sitzen.

Vor kommenden Dingen.

Aus dem Haag wird gemeldet: Hier liegen aus zuverlässiger Quelle Nachrichten aus Deutschland vor, wonach in allernächster Zeit dort eine große Umsturzbewegung der Spartakisten und unabhängigen Sozialdemokraten beginnen soll. An der Grenze sind scharfe militärische Maßnahmen getroffen worden, um ein Uebergreifen der Bewegung zu verhindern.

Aus Bern: Die schweizerische Regierung trifft Vorbereitungen, um sich gegenüber der in Deutschland demnächst einsetzenden neuen revolutionären Aktion, an deren baldigen Beginn man nicht zweifelt, zu sichern. Die Besatzungen an der Grenze sind verstärkt worden.

Am Ministertische: Herrsch.

Präsident Reiner eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Die Besprechung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen (Unabh. Soz.) über die Stellung zur preussischen Staatsregierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages wird fortgesetzt.

Hierzu liegt vor der Antrag der Abgeordneten Graef (Soz.), Dr. Porich (Zentrum), Friedberg (Demokrat) und Genossen: Die preussische Landesversammlung wolle beschließen: Die Landesversammlung ist mit dem ganzen Volke einig in der schärfsten Verurteilung des uns aufgezwungenen, allem Rechtsgesühl hobnsprechenden Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise vergewaltigt.

Dazu haben die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragt, hinter dem ersten Satz folgenden Satz einzufügen: „Trotzdem war in der entscheidenden Stunde ein Eintreten der preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages geboten“.

Abg. Bartels (Soz.): Wir sind stets für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Die Alldeutschen und die Vaterlandspartei haben uns deswegen mit ihrer Wut verfolgt und die „Deutsche Tageszeitung“ hat verlangt, daß Scheidemann auf der Sandhaufen gestellt werde.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es wird abgestimmt. Der erste Teil des Antrags Graef-Porich-Friedberg, wonach die Landesversammlung mit dem ganzen Volk einig ist, in der schärfsten Verurteilung des aufgezwungenen Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise vergewaltigt, gelangt ohne Widerspruch zur Annahme.

Ein deutschnationaler Antrag, wonach die Regierung für die Ablehnung des Friedensvertrages hätte eintreten müssen, wird mit 21 gegen 51 Stimmen der Rechten bei acht Enthaltungen abgelehnt.

Ein unabhängiger Antrag, wonach die Regierung für die Unterzeichnung hätte eintreten müssen, wird ebenfalls abgelehnt und zwar mit 263 gegen 20 Stimmen bei vier Enthaltungen.

Es folgt das Gesetz über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern. Durch die Forderung sollen Berechtigte veranlaßt werden, ihre Gewässer zu bewirtschaften.

Abg. Weisgermel (Deutschnational) bringt Wünsche der Fischer vor. Der Redner beantragt Ueberweisung an den Aararatschub.

Abg. Kellerich (Soz.) bedauert, daß der Friedensvertrag uns den größten Teil unserer Hochseefischdampfer entzieht.

Abg. Wenne (Demokrat): Wir stehen dem Gesetzentwurf durch aus sympathisch gegenüber.

Abg. Dr. Reibig (Deutsche Volkspartei): Wir haben Bedenken, daß der Bauern- und Landarbeiterrat zum ersten Male in der Gesetzgebung verankert werden wird.

Landwirtschaftsminister Braun: In die Privatrechte soll hier nur im Interesse des Allgemeinwohls, im Interesse der Volksernährung eingegriffen werden.

Der Gesetzentwurf wird dem landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Ein Gesetzentwurf gibt den Frauen das Bürger- und Gemeindericht.

Frau Wendt (Unabh. Soz.), Frau Gotthausen (Soz.), Frau Hesse (Demokrat), Frau Garnich (Deutsche Volkspartei) und Frau Brenza (Zentrum) begrüßen die Vorlage.

Ein Vertreter des Ministeriums des Innern teilt mit, daß dem Hause ein Gesetzentwurf über die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände zugehen wird.

Die Vorlage geht an den Gemeindevorstand.

Eine weitere Vorlage fordert 150 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinde.

Die Abg. Graf Gae (Soz.), Bepf (Unabh. Soz.), Nibel-Friedwald (Deutschnational), Berghaus (Demokrat), Gier (Zentrum), stimmen zu.

Die Vorlage wird angenommen. Es folgt der Gesetzentwurf zur Neuwahl des Provinziallandtages. Diese Neuwahl soll bis zum 1. August erfolgen.

Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache angenommen. Freitag: Justizverwaltung.

In ernstesten Zeiten
fehlt man sich nach guter Unterhaltung.
Lesestoff aller Art
aus ersten Federn, aus Gegenwart und Vergangenheit bringt
das
Kösliner Volksblatt.

Der Kampf gegen den Frieden.

St. Von sozialdemokratischer Seite wird, und zwar mit vollstem Recht, betont, daß sofort der Kampf gegen den Frieden aufgenommen werden müsse; daß man nicht ruhen dürfe, dieses Schanddokument, das alle Begriffe von Ehre und Anstand in der Welt besudelt, vernichtet und zerrissen am Boden legt.

Sehr gut! Hätten die Sozialdemokraten nur schon früher so gedacht und entsprechend gehandelt. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie mit diesem Kampfe auf dem richtigen Wege. Sie irrt jedoch, wenn sie, wie es der Fall ist, dem jetzigen Reichsministerium die Aufgabe zuweist, diesen Kampf zu führen.

Nicht viel fehlte, so hätte dieses Ministerium kaum den Tag seiner Geburt überlebt! Aber wenn es auch die nächsten Wochen überdauern sollte, zu einer ersprießlichen Tätigkeit wird es schwerlich kommen.

Die Verhandlungen über die Steuern werden aber nicht lange auf sich warten lassen. In der ersten Hälfte des nächsten Monats wird die erste Lesung der von uns bereits genannten Steuerordnungen stattfinden und dann wird ein Ausschuss zur Durchberatung dieser Vorlagen zusammengestellt.

Die Verhandlungen über die Steuern werden aber nicht lange auf sich warten lassen. In der ersten Hälfte des nächsten Monats wird die erste Lesung der von uns bereits genannten Steuerordnungen stattfinden und dann wird ein Ausschuss zur Durchberatung dieser Vorlagen zusammengestellt.

gedankenlos ruhte sein Blick auf den starken, geradegewachsenen Stämmen, während das Gespinn sich langsam an ihm vorüberzog. Dann aber rief er plötzlich den Fuhrmann an, der sofort herantam und die Gänle ruhig allein ihren Weg verfolgen ließ.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Drimann.

82 (Nachdruck verboten)

„Ob es so ist, oder ob es anders ist: wir sind hier draußen sozusagen fertig. Schade nur, daß man es nicht ähnlich machen kann, wie ein rechtschaffener Kapitän, dessen Schiff ein Veil bekommen hat! Den macht es noch zum Helben, daß er untergehen darf.“

„Helmut blieb stehen. Und erregt, mit starkem Nachdruck sagte er: „Muß ich dir ins Gedächtnis zurückerufen, was du mir gesagt hast, als ich in meinem Beruf Banterott gemacht hatte? — Muß ich dir sagen, wie man sich nicht lächerlich macht — ich dir — ?! — Ob man uns Hypotheken kündigt, und ob man Schulden aufkauft: wir werden weiter arbeiten — genau so weiter arbeiten, wie wir bis heute gearbeitet haben.“

„Ich danke dir,“ sagte er leise und rauh. „Daß mich nun eine Stunde allein! Mittags erzählte ich dir die Einzelheiten. Aber — ich hab's doch zu schwarz gesehen.“

Helmut ging über die Felder. Der Hafer wurde eben geschnitten, die bunten Koppfächer der Mädchen leuchteten in der Sonne. Jergendwoher kam ein Lied, eine schwer-mühtige litauische Weise. Als ein dunkler Ball stand auf

der Höhe der Kiefernwald vor dem tiefblauen Himmel. Ein voller Sommertag. Und der junge Offizier ballte die Fäuste in heißem Zorn.

Ihm kühlte der Wind der weiten Ebene die heißen Schläfen nicht. Ihm säufte das Blühen um ihn her die leidenschaftlichen Gedanken nicht.

Da setzte einer sein Leben ein für den Heimatboden, dem er sein ganzes Herz gegeben hatte — arbeitete in unermüdlicher Pflichttreue, ließ sich durch keine Widerwärtigkeit schrecken, achtete der Steine nicht, die ihm in den Weg geworfen wurden — und dann sollte es doch gelingen, ihm alles zu nehmen — ? Wenn es Wahrheit war! — Wenn auch das von dem Manne kam, der sein Leben wie das Leben seiner Schwester zerstört hatte!

Er war jetzt an dieselbe Stelle gekommen, von der aus Prettin vor Wochen nach dem kleinen Schermmülee hinuntergeritten war. Es verlangte ihn natürlich nicht danach, Grabower Boden zu betreten; am Rande des Wäldchens ging er weiter — wenn er vor der „Schlucht“ abbog, kam er so auf dem nächsten Wege zu den Stallungen.

gedankenlos ruhte sein Blick auf den starken, geradegewachsenen Stämmen, während das Gespinn sich langsam an ihm vorüberzog. Dann aber rief er plötzlich den Fuhrmann an, der sofort herantam und die Gänle ruhig allein ihren Weg verfolgen ließ.

Die Waffenstillstandskommission wird abgebaut. Ihre Arbeiten gehen auf die entsprechenden Reichskämter über, ein größerer Teil auf das Auswärtige Amt, wo ein besonderer Unterstaatssekretär zur Abwicklung der Friedensfragen ernannt werden soll.

Auf Anordnung des Innenministers sind die Ortspolizeibehörden angewiesen worden, mit allen geschäftlichen Mitteln gegen Spielbanken oder ähnliche Unternehmungen mit dem selben versteckten Zwecke in Bad- und Kurorten vorzugehen.

Auf Anordnung des Reichswehrministers werden an die Mannschaften der vorläufigen Reichswehr und an Unteroffiziere, soweit sie nicht dem aktiven Unteroffizierskorps angehören, bei der Entlassung Treuprüfungen und zwar nach 6 Monaten Dienstzeit 100 Mark und für jeden weiteren Monat je 50 Mark bis zum Höchstbetrage von 1000 Mark ausbezahlt.

Nach einer vertraglichen Verpflichtung müssen die Glashütten des Saargebietes 80 Prozent ihrer Erzeugung für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete liefern.

Waldheimat.

Eine Erinnerung zum Jahrestage von Peter Roseggers Tod, 28. Juni.

Er hat die Schmach seines heißgeliebten deutschen Landes nicht erleben dürfen, hat nicht mehr zusehen brauchen, wie von allen Ecken und Enden fremdbräutige Feinde deutsche Ehre mit Füßen traten.

Welch eine kulturfördernde Kraft in dieses Dichters starker Seele wohnte, läßt so recht die neue geschmackvoll in vier Bänden herausgebrachte Ausgabe von Roseggers „Waldheimat“, dieses Hauptwerkes seines vielseitigen Schaffens, klar erkennen.

Peter Rosegger sollte uns in diesen Tagen nationalen Schmerzes ein rechter Mahner und Lehrer sein. Denn alles, was sein Volk an Sorgen und Nöten durchzumachen hatte, hatte er getreulich miterlebt, für alles fand er Abhilfe und ein gutes Wort; in reichster Fülle strömten die Quellen seines reinen, von tiefem Mitleid beseelten Herzens für die Gesundung der Seele des deutschen Volkes.

Finden wir doch dafür bei Peter Rosegger gesundes warmes Fühlen für die politischen Ereignisse, tiefes Verständnis für die Volkseele und begeistertes Eintreten für die deutsche völkische Wesensart.

Volkswirtschaft.

Schwedische Erze für die deutsche Eisenindustrie. Die Deutschen Eisenhüttenwerke erzielen mit schwedischen Erzabwänsch eine Verbilligung hinsichtlich weiterer Lieferung von schwedischen Erzen, wodurch der deutsche Erzbedarf auf mindestens zehn Jahre sichergestellt ist.

„Sagen Sie mal, Fiely — wo ist denn das geschlagen?“

„In Jagen siebzehn, Herr Oberleutnant — Wir schlagen doch schon seit vierzehn Tagen. Haben Sie das noch nicht gesehen?“

„Ich komme jetzt selten durchs Grabower Wäldchen. Aber es interessiert mich natürlich sehr. Wieviel ist denn schon herausgeschlagen worden?“

„Ja — das kann ich nun auch so genau nicht sagen, da mühten der Herr Oberleutnant sich schon an den Berwälder wenden — Es werden wohl so an die hundertfünfzig — zweihundert Kubikmeter sein — wenn ich es so schätzen soll — Guter Nugholz, Herr Oberleutnant! — Schönes Holz!“

„Nur Kiefern —?“

„Nur Kiefern — es sind wohl auch 'n paar Buchen dazwischengestanden. Aber damit ist's nich viel.“

„Danke für die Auskunft — Aber laufen Sie, Fiely, sonst arbeiten Ihre Gänle sich nicht da den Hügel hinauf!“

Er setzte seinen Weg fort. Was er da erfahren hatte, trug nicht eben dazu bei, ihn zu beruhigen. Natürlich hatte Prettin ihm von dem Waldverkauf erzählt — und wenn ihn nicht alles täuschte, so mußte Jagen siebzehn zu dem Gebiet gehören, das Prettin seinem Bäcker indirekt hatte ablaufen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Wetter:

Etwas kühl, überwiegend trübe, Regenfälle, mäßige Nordwinde.

Frei auf deutschem Grunde, wälten Laßt was nach dem Brauch der Alten! Seines Segens selbst uns freun, O der unser Grab ihn sein! (H. v. Kleist.)

Presse und Partei.

St. Das politische Parteienleben wird von der politischen Parteipresse außerordentlich beeinflusst. Wo eine beachtenswerte, ernst zu nehmende Parteipresse vorhanden ist, herrscht reges politisches Leben, und die Lebensfähigkeit einer politischen Partei ist dort gesichert, wo eine gut geleitete Presse dem politischen Leben ständig neue Anregungen gibt. Die Sozialdemokraten haben die Wahrheit dieses Satzes längst erkannt. In den Reihen der sozialdemokratischen Parteigenossen wird niemand zu finden sein, der nicht sein Parteiblatt im Hause hat und der nicht sorgfältig als Werber für die eigene Parteipresse wirkt. Die bürgerlichen Parteien, und unter ihnen besonders die rechtsgerichteten Parteien, sind weit davon entfernt, eine derart muster-gültige Disziplin auch in ihren Reihen zu halten. Je mehr wir im politischen Leben in das Lager der rechts Gerichteten kommen, um so größer wird die Gleichgültigkeit gegenüber der gestimmung-treuen Presse. Der gewaltige Aufstieg der großstädtischen Generalanzeigerpresse und der demokratischen Weltblätter in Berlin und Frankfurt, aber auch das oft ganz unberechtig-te Dorniederliegen der einseitigen rechts gerichteten Ortspresse, — alles das ist nur aus der jammervollen Ge-dankenlosigkeit und Teilnahmslosigkeit der zu den Rechts-parteien neigenden Bürger zu erklären. In alter Gewohnheit und in sich immer gleich bleibender Trägheit hält der gute deutsche Durchschnittsbürger Jahre und Jahrzehnte sein Zeitblatt, in dem er finden kann, wer von den lieben Nach-barsleuten Hochzeit gefeiert oder Kindtaufe gehabt hat. Daß jedes Blatt in heutigen Zeiten eine bestimmte, mehr oder weniger scharf ausgeprägte Tendenz — Ziele, nach denen es strebt, — hat, das ist ihm nicht; wenn es nur pünktlich abends auf seinen Tisch flattert und getreulich berichtet, wenn beim Bürgermeister ein Kalb mit sechs Beinen zur Welt gekommen ist. Die Zeiten, wo die Lokalpresse auf solche Dinge einen ungeheuren Wert legte, sind vorbei; man denkt mit Lächeln an diese gute, alte Zeit zurück. Heute handelt es sich auch für die Ortspresse darum, den Gemein-sinn der Bir-gererschaft zu wecken und im kleinen Kreise des eigenen Ortes ein Spiegelbild der Welt da draußen zu entwerfen, von der die eigene Ortschaft doch nur ein kleines Sandkörnchen dar-stellt, das dennoch in ihr seinen ganz bestimmten Platz hat. Der aber, der dieses Spiegelbild entwirft und zeichnet, hat von alle dem feste Vorstellungen, bestimmte Anschauungen, greifbare Ziele schweben ihm vor. Alle diese Vorstellungen, Anschauungen und Ziele machen die Tendenz, die Richtung, einer Zeitung aus. Wer sich dieser Richtung anschließt, ist zu recht Leser der Zeitung; wer sich ihr nicht anschließt und doch Leser der Zeitung bleibt, betrügt sich selbst und steigert die grenzenlose Verwirrung, die in deutschen Landen in Staats- und kulturpolitischen Dingen allüberall herrscht. Jeder Abonnent einer Zeitung, die nicht seiner Sinnes-art und seinem Zielstreben Rechnung trägt, macht sich in un-gewollter Gedankenlosigkeit und Träumerei zum Streiter gegen die eigenen Ziele und Ideale. Jeder Fennig, der in Form einer Anzeige dem gegnerischen Blatte zugetragen wird, bereichert nicht so sehr den Zeitungsverleger als viel-mehr den Wehrschatz der gegnerischen Partei. Darüber sind sich heute die meisten Menschen noch gar nicht klar, welche Beziehungen zwischen dem Leser einer Zeitung und dem An-träger für eine politische Partei bestehen. Wer für einen politischen Gedanken kämpfen und wirken will, muß auch so viel Ueberlegung, soviel Reife des politischen Urteils be-sitzen, daß er in seiner Zeitungslektüre den richtigen Griff tut. Die modern eingerichtete, einwandfrei geleitete Presse wird stets in den eigenen Spalten auch gegnerische Anschau-ungen Raum gewähren, jedoch also die Gefahr einseitiger Einstellung bestens vermeiden ist. Im übrigen schadet es gar nicht, wenn unter den einheimischen, nach rechts neigen-den Gruppen die Disziplin und Selbstzucht eine bedeutende Steigerung erfährt derart, daß alle diese Parteifreunde sich verschreiben und verpflichten, nur der eigenen Presse ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Wäre es so, dann würde es auch um die rechtsstehende deutsche Presse besser bestellt sein.

Kriegsgefangenenheimkehr.

ez. Der Zeitpunkt der Heimkehr unserer armen Kriegs-gefangenen rückt immer näher. Überall, auch in Köln, hat man Vorkehrungen für ihren Empfang getan. So sind zum Zweck des Empfanges, der ersten Fürsorge und Beratung aller heimkehrenden mit den Kommunalbehörden der Stadt- und Landgemeinden in jedem Orte Fürsorgestellen geschaffen worden. Sie tragen den Namen „Kriegsgefangenenheimkehr“ und haben große Aufgaben zu erfüllen. Sie sind die einzigen Stellen, die für heimkehrenden zuständig und allein in der Lage sind, mit Rat und Tat zu helfen, da sie allein über die für die Kriegsgefangenen bestimmten Gelder verfügen. In Bedürfnisfällen haben sie die heimkehrenden mit vorläufiger Unterkunft zu versorgen. Ferner hat die Kriegs-gefangenenheimkehr allen heimkehrenden mit Rat zur Seite zu stehen, wie bei Geldschwierigkeiten ihrer Ansprüche an die Militär-behörden, bei Berufswechsel usw. In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben der Kriegsgefangenenheimkehr ist der Reichsfinanzminister vom Reichsfinanzminister ein Betrag von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Zu diesem Betrage treten noch die Erträge aus den verschiedenen Sammlungen für die Kriegsgefangenen, jedoch sich eine stattliche Summe ergibt, mit der viel Not gelindert und vielen heimkehrenden die Einfügung in das Berufsleben erleichtert werden kann. Alles dies wird nur möglich sein, wenn eine weitgehende Beteiligung aller Kreise da ist. Daß auch die Behörden ihr Bestes in den Dienst der Sache stellen werden, damit ein reibungsloses Zusammenarbeiten erzielt wird, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. Es ist Pflicht eines jeden Deutschen, den heimkehrenden, die ihr Leben lange Jahre nur in einem von Staatsoberbehörden begrenzten Raum unter vielen Drangsalen haben fristen müssen, einen würdigen Empfang zu bereiten und ihnen eine sorgenfreie Zukunft zu gewähren.

zur Auffklärung an alle Landwirte. Immer noch werden — entgegen den vom Reichsarbeitsministerium her-ausgegebenen Vorschriften — Kriegsgefangene statt deut-scher Arbeiter in der Landwirtschaft angestellt! Den deut-schen Landwirten muß klar sein, daß es für sie höchste vater-ländische Pflicht ist, vor allem nach Möglichkeit deutsche Ar-beiter zu beschäftigen. Der deutsche Arbeiter hat das größte Recht darauf, in alle Fehlstellen landwirtschaftlicher Betriebe sofort angenommen zu werden, zumal die Arbeitsverhältnis-se in den Städten immer noch sehr mäßig sind. In Zu-

kunft sollen also die Landwirte und Landbesitzer zunächst bei dem örtlichen Arbeitsnachweisdienst bei den Zentral-auskunftsstellen und der nächstliegenden Truppenverwen-dungsstelle deutsche Arbeiter zu bekommen trachten. Erst wenn sie dem Kommandanten eines Gefangenenlagers die Erfolgslosigkeit ihrer Bemühungen bei obigen Stellen nach-weisen, ist dieser berechtigt, Gefangene für Landarbeit frei-zugeben.

Paketverkehr. Der Krieg mit seinen Folgen hat auch im Verkehrsbereich gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Ein Merkmal hierfür ist unter anderem, daß die Versorgung der Groß-städte mit Lebensmitteln heute infolge Einschränkung des Eisen-bahngüter- und Frachtverkehrs zu einem großen Teil mit der Post in Postpaketen erfolgt. In der Annahme, eine beschleunigte Be-förderung zu erreichen, werden die Sendungen häufig mit der Auf-schrift „durch Eilboten“ versehen. Die Annahme trifft jedoch nicht zu, Unterwegs werden die Eilbotenpakete vielmehr zusammen und vermischt mit den anderen Paketen befördert. Erst am Be-stimmungsort werden sie besonders ausgeschieden und durch Eil-bo-ten bestellt. Die unrichtige Auffassung des Begriffs der Eilbo-tenbeförderung bringt es mit sich, daß die als Eilsendung gekenn-zeichneten Pakete sich in außerordentlichem Maße häufen. So sind zum Beispiel von den 50 000 in Berlin täglich eingehenden gewöhn-lichen Paketen reichlich 11 000 Stück als durch Eilboten zu bestellen bestimmt, d. h. etwa hundert gefüllte Paketbehälter. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Massenverkehr zur Beeinträchtigung der Einzelsendung führt, und daß vielfach Fälle eintreten, in denen die Eilpakete nicht früher in die Hände der Empfänger gelangen als gewöhnliche. In anderen Großstädten sind die Verhältnisse ähnlich. Das Publikum late gut daran, das teure Eilbottelgeld zu sparen.

Bei dieser Gelegenheit sei eine zweite irrtümliche Auffassung erwähnt, die sich vielfach in der Öffentlichkeit zeigt. Häufig wer-den Pakete unfrankiert oder mit Nachnahme belastet abgeschickt, weil das Publikum annimmt, sie erfüllen dann eine Vorzugs-behandlung. Auch dies ist eine falsche Voraussetzung; namentlich die Nichtfrankierung verlangsamt die Behandlung der Pakete sehr erheblich, da Verrechnung und Einziehung des Postes Zeit erfor-dern, die für das frankierte Paket wegfällt. Es kann deshalb dem Publikum nur dringend geraten werden, von der Verwendung sei-ner Pakete „durch Eilboten“, „mit Nachnahme“ oder „unfrankiert“ lediglich dann Gebrauch zu machen, wenn dies nicht zu umgehen sein sollte.

Eine nicht geringe Anstrengung herrschte gestern Abend in den Hauptstraßen unserer Stadt. Durch ein von unbekannter Seite verbreitetes Extrablatt war zu einer Protestkundgebung gegen den Schmachfrieden auf dem Marktplatz eingeladen worden. Die Sozialdemokraten hatten es augenscheinlich mit der Angst bekom-men, daß ihre Getreuen angesichts der auch die Arbeiterkassen tre-fender vernichtenden Bedingungen des Friedensschlusses ihnen abtrünnig werden könnten und hatten schleunigst zur gleichen Zeit am selben Ort eine „Massen“-Kundgebung der Arbeiterkassen angeleitet. Die erschienenen „Massen“ wurden von einem Partei-redner belehrt, daß in der von bürgerlicher Seite einberufenen Protest-Kundgebung die „gefährlichen Machenschaften“ der Gegen-revolutionäre zum Ausdruck kämen, und was derlei bekannte Behauptungen mehr sind. In der versammelten „Masse“ wurden neben vereinzelten „Bravos“ auch manches Wort des Widerspruches laut. Mit einem Hoch auf die bewährte, namentlich in diesem Friedens-schluss so glänzend beherrschte (1) Internationale schloß der Redner. Die ursprünglichen Einberufer der Protestkundgebung hatten es vorgezogen, die Veranstaltung abzubrechen, um Reibereien mit den demonstrierenden Sozialdemokraten zu vermeiden. So be-dauerlich es war, daß die geplante einmütige Kundgebung der Kölscher Einwohnerkassen gegen unsere Begewaltiger in der Entente durch das Dazwischentreten der Sozialdemokraten unter-blieb, so wollen wir doch nicht verschweigen, daß uns für solche Ver-anstaltungen, bei denen zwecklose Worte fallen, jetzt nicht die Zeit zu sein scheint. Auf Latein kommt es an!

Den Frauen das Bürgerrecht. Ein Vertreter des preu-ßischen Ministers des Innern hat in der preussischen Landesver-sammlung mitgeteilt, daß dem Hause ein Gesetzentwurf über die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Gemein-devorstände zugehen wird. Der Zweck des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes sei, den Frauen das Bürgerrecht zu verlei-hen. Die Ermächtigung zu Nachträgen zu den Wahllisten sei nur vor-übergehend bis zur Vorlegung des Gemeindeverfassungsgesetzes im Herbst.

An der hiesigen landwirtschaftlichen Lehranstalt hat am 23. Juni der fünfte Fortbildungskursus für selbstständige Brenner und Brennergehilfen begonnen. Die Dauer des Kurses beträgt ungefähr zehn Wochen.

Ein Einbruch wurde in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag bei Lewin in der Neuentorstraße verübt. Den unbekann-ten Tätern, die von den Alten Bahnhofstraße in den Speicher ein-gedrungen sind, fielen drei Saß Ruder im Werte von 129 Mark und eine Rille Kanis im Werte von 26 Mark in die Hände. — Entwendet wurde ferner ein sechs Meter langer Treibriemen aus den Fabrikräumen der Luftverkehrsgesellschaft.

Gepöhlten wurden in der Großen Baustraße verschiedene Wäscheküde. — Ferner ist am Montag während des Fortbildungs-schulunterrichts einem Schlosserlehrling ein Fahrrad entwendet worden.

Verfälschter Fahrraddiebstahl. Am Mittwoch nach-mittag versuchte eine bisher nicht ermittelte Person auf dem Markt ein Danesfahrrad zu stehlen. Die von einem Motorradfahrer aufgenommene Verfolgung hatte das Ergebnis, daß der Täter unter Zurücklassung des Rades floh.

Güdenhagen. Zusammenstoß. Am Mittwoch nach-mittag stieß hier ein Wagen der Strandbahn mit einem Fuhrwerk eines Rittergutsbesitzers zusammen. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Publik. Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Kommunalisierung der hiesigen priv. Apotheke von Herrn Kleiner kurz begründet und schließlich gegen die acht Stimmen der Sozial-demokraten abgelehnt. Zu einer sehr erregten Aussprache kam es bei der Erhöhung der Hundesteuer. Nach der letzten Veränderung der Hundesteuerverordnung sind ein Hund der Abbauten und der mehr als zwei Stück Rindvieh treibenden Bürger frei, während alle anderen mit 6 Mark zu versteuern sind. Der Antrag des Herrn Zebin, alle Hunde zu versteuern, wurde abgelehnt. Der Antrag des Herrn Albert Hahn, 60 Mark an Steuern zu erheben, wurde zurückgewiesen. Die Anträge des Herrn Kleiner (Soz.), für die nicht steuerfreien Hunde 18 Mark und für jeden zweiten 36 Mark jährlich zu erheben, auch wenn der erste Hund frei sei, wurden angenommen. — Von der Klassenprüfung am 6. Juni wurde Kennt-nis genommen. Die Jahresrechnung aus 1916-17 sollen der Rech-nungsprüfungs-Kommission zur Vorbereitung überlesen werden. — Zum Schluß wurden einige Anträge der sozialdemokratischen Fraktion erledigt.

Publik. Protestversammlung. Dem Gesamtverband der Deutschnationalen Volkspartei ist folgende Dringung aus Publik zugegangen: „Das Volk von Stadt und Land Publik, das sich in einer zahlreich besuchten Versammlung ohne Unterschied der Par-tei zusammengefunden hat, um gegen die Annahme des Vernich-tungsfriedens zu protestieren, fordert die Volksvertretung zur unbedingten Ablehnung der von unseren Feinden geforderten Friedensbedingungen auf. Es gelobt, in den kommenden schweren Zeiten dem großen deutschen Vaterlande unverbrüchlich die Treue zu bewahren und einmütig durchzuhalten, bis der Mordplan der Feinde an seiner eigenen Ueberbanntheit zu scheitern gewor-den ist.“

Publik. Hoher Frogen. Was für einer selten günstigen Ernte wir in Bezug auf Palmreichtum entgegengehen, kann man wohl daraus schließen, daß auf der Feldmark des Schützenwirtes Pinke ein Roggenbalm von 2,40 Meter Länge geschmitten worden ist, der trotz seiner Größe nicht verrotten dürfte.

Neustettin. Beim Minenverladen entzündete sich am Mont-ag nachmittag in Hammerstein ein Gefäß und verletzte zwei Per-sonen tödlich, darunter den 18 Jahre alten Carl Dobbertin aus Neustettin, Bindenstraße. Außerdem wurden noch einige Leute durch Splitter verwundet.

des Pommerischen Pfarervereins. Der Montag, der 23. dieses Monats, brachte als Auftakt zu der Jahres-Versammlung des Pommerischen Pfarervereins in Stettin Mitgliederversammlung der Kranken- und der Begräbniskasse pommerischer und an-derer evangelischer Geistlicher unter dem Vorsitz von Pastor Wehler-Sandow sowie eine Konferenz des Vorstandes und der Bezirks-leiter unter dem Vorsitz von Superintendent Hoppe-Blumberg. Der Haupttag, Dienstag, der 24., brachte die Vereinsversamm-lung im kleinen Saal des Evangelischen Vereinshauses zu Stettin, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nach einer Eröffnungsan-dacht des Pastors Müllinghoyer-Stettin eröffnete der Vorsitzende Superintendent Hoppe, Blumberg, die Sitzung. — Den Hauptvor-trag hielt Professor D. von der Gold-Greifswald über den Neuaufbau der Volkskirche. Er stellte seine Ausführungen über die-sen so viele Kreise heute bewegenden Gegenstand angesichts des furchtbaren Schicksals unseres Vaterlandes unter ein Wort auf einem längst an ihn gerichteten Brief der greisen Großherzogin von Baden, der Tochter des alten Kaiser, in dem es heißt: „Gott kann auch heute Wunder tun.“

Die Aussprache bewegte sich grundsätzlich in den vom Redner beschrittenen Bahnen. Unter anderem fand ein Artikel von Gene-ral a. D. Freiherr von Weitinghoff in der „Pommerischen Tages-post“ Erwähnung und veranlaßte eine Entschliessung des Pommer-ischen Pfarervereins, die angenommen wurde.

Die nach kurzer Pause um 11 Uhr anschließende Vertreter-versammlung, die von sieben Vorstandmitgliedern und 31 Ver-tretern mit 45 Stimmen besucht war, brachte den Jahresbericht von Pastor Reblin-Rafow, der von reger Arbeit des am 1. April 649 Mitglieder zählenden Pommerischen Pfarervereins Zeugnis ab-legte, und die Entlastung der von Pastor Marquardt-Nofow geleg-ten Jahresrechnung und Feststellung des neuen Haushaltsplans, sowie vor allem den Vortrag des Superintendenten Pfeiffer-Greifswald über den Religionsunterricht in unseren Schulen. — Ohne über die tiefgründigen, jede Mäßigkeit ins Auge fassenden Ausführungen des Redners in eine Aussprache, die sich gewiß sehr rege und vielseitig gestaltet hätte, noch eintreten zu können, nahm die Versammlung die Anregungen dankbar zur Kenntnis. Mit einem Gebetswunsch schloß der Vorsitzende die gewinnreiche Sa-gung.

Eingesandt.

(Für Artikel dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die verhaeltnis-mäßige Verantwortung.)

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären hiermit öffentlich, daß die von ihnen gestern einberufene Protestkundgebung gegen den Schmach-frieden weder, wie von dem sozialdemokratischen Parteivorstand Erkennwald in bewußter Entstellung der Tatsachen behauptet wurde, von den Offizieren des Kadettenhauses, noch vom Offiziersbund oder pommerischen Landbund oder irgend einer politischen Partei, sondern von ihnen allein ausgegangen ist, und daß sie allein die volle Verantwortung dafür übernehmen. Sie haben die Kund-gebung, trotzdem sie einen glänzenden Verlauf zu nehmen versproch, nur aus dem Grunde abgebrochen, weil die sozialdemokratische Partei, deren Redner sich gestern zu der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung stets in Widerspruch gesetzt haben, die völlig unpolitische Ver-anstaltung zu einseitigen Parteizwecken ausgeschaltet, und durch Aufreife zum offenen Widerstand aufgefordert hatte. Lediglich um blutige Zusammenstöße zu vermeiden und die bisher in Köln noch nicht gestörte Ruhe weiter zu bewahren, wurde davon abgesehen, eine Kraftprobe zu versuchen, die voraussichtlich, bei dem außer-ordentlich geringen Zulauf, der die sozialdemokratische Partei, und bei dem geradezu lächerlich geringen Beifall, den ihre Redner hatten, zu Gunsten der Veranstalter ausgefallen wäre.

Stoboda. Herald.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 27. Juni.

Nach einer Verfügung Roskes ist es den Arbeitern im Eisenbahnbetrieben verboten, die Arbeit niederzulegen oder zu verweigern, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß die Arbeitsniederlegung aus Gesundheitsrückgründen erfolgt. Alle bisher streikenden Arbeiter müssen am 28. Juni die Ar-beit aufnehmen. Der Befehl gilt für den Befehlsbereich der Marken.

Berlin, 27. Juni.

Wider Erwarten hat gestern der Eisenbahnerstreik eine Verschärfung erfahren, indem auch die organisierten Arbeiter in den Streik getreten sind. Alle Berliner Hauptwerk-stätten der Eisenbahn feiern.

Samstag, 27. Juni.

Gestern konnte die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden. Die Universität hat beschlossen, die Vorlesungen wieder aufzunehmen.

Samstag, 27. Juni.

Auf Befehl des Generalleutnants Muegelbier ist über das Gebiet Großhamburg der Belagerungszustand verhängt worden.

Samstag, 27. Juni.

In einer Versammlung der Betriebsräte wurde eine Ent-schliessung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die or-ganisierten Arbeiter sich nicht gegen die Regierung wenden wer-den.

Frankfurt a. D., 27. Juni.

Wegen den vor einigen Tagen stattgefundenen Unruhen ist der Belagerungszustand verhängt worden. Trotzdem sammelten sich vor dem Rathaus bei der Befehung durch Truppen große Menschenmassen, die trotz der wiederholten Aufforderungen nicht auseinander gingen. Die Truppen waren gezwungen, scharf zu schießen, wobei es fünf Tote und 24 Verwundete gab, von denen 2 bereits gestorben sind. Nach der Zurückziehung der Truppen in die Kasernen herrscht Ruhe in der Stadt.

Landsherg, 27. Juni.

Die gestrigen Plünderungen haben ihren Fortgang ge-nommen. Salbwüchtige Burschen raubten am hellen Tage ein Zigarrengeschäft aus. Bei der Bildung einer Einwohnerwehr kam es zu Zusammenstößen, in denen ein Mitglied der Ein-wohnerwehr erschossen und mehrere verletzt wurden. Die Erregung in Landsherg ist ungeheuer.

Bern, 27. Juni.

Nach englischen Blättermeldungen wird Danzig von englischen Truppen und Oberschlesien von amerikanischen Truppen besetzt werden.

Amsterdarn, 26. Juni.

Der „Telegraaf“ meldet aus Paris, daß der Bierer-rat ein Abkommen unterzeichnet hat, durch das Belgien ein Be-trag von 2,50 Milliarden Franks von der Schadenverges-tungssumme garantiert wird. Deutschland ist verpflichtet, zur Deckung der an Belgien geliehenen Beträge Obligatio-nen auszugeben.

Budapest, 26. Juni.

Armeeoberkommandant Vehn ernannte den Volksbe-auftragten für Neuhäres Bela Ruhn zum stellvertretenden Oberkommandanten der Roten Armee mit dem Sitz in Bu-dapest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptredakteur Günther Gerriß; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Glöckler; für den Anzeigenteil: Hans Reigeborn. Druck und Verlag: Norddeutscher Zeitung A.-G. Städtisch in Adeln.

Bekanntmachung.

Die Regulierung und Pflasterung der Gärtnerstraße soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Verdingungsunterlagen hierzu können von unserem Stadtbauamt, Lazarettstraße 8, Zimmer 4, gegen Einsendung von 2,00 Mark bezogen werden.

Geschlossene Angebote mit der Aufschrift „Regulierung und Pflasterung der Gärtnerstraße“ sind bis zum 11. Juli 1919, vormittags 11 Uhr, an unser Stadtbauamt, Lazarettstraße 8, Zimmer 4, einzureichen. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von: 650 lfd. m Bordhweilen in Grad- und Bogenböden von grauem Granit, 330 qm Kleinpflaster, 30 qm Reihensteinpflaster 3. Klasse, 650 qm Mosaikpflaster, 750 qm Kunstgranitplatten (Granitplatten) für die Pflasterung der Gärtnerstraße soll im Ganzen oder in einzelnen Teilen vergeben werden. Verdingungsunterlagen hierzu können von unserem Stadtbauamt, Lazarettstraße 8, Zimmer 4, gegen Einsendung von 2,00 Mark bezogen werden.

Geschlossene Angebote mit der Aufschrift „Neupflasterung der Gärtnerstraße“ sind bis zum 11. Juli 1919, vormittags 11 Uhr, an unser Stadtbauamt, Lazarettstraße 8, Zimmer 4, einzureichen. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Den Kaufleuten wird Reis zugeteilt und können dieselben denselben gegen Abgabe des Abschnittes Nr. 2 der Lebensmittelkarte der Stadt Kösln sowie auf Nr. 7 der Lebensmittelkarte des Kreises Kösln (für Versorgungsberechtigte) ebenso auf Abschnitt Nr. 2 des Kreises Kösln (für Selbstversorger) zur Ausgabe bringen und zwar für jeden Abschnitt 1/2 Pfund. Der Ladenpreis für ein Pfund Reis ist 4 Mark. Wegen Zuteilung der Ware erlauben wir die Kaufleute mit dem Lebensmittelamt in Verbindung zu treten. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Einwohner der Stadt Kösln werden auf Lebensmittelkartenabschnitt Nr. 100 am Donnerstag, den 3. Juli pro Kopf 500 Gramm Gerstgrauen ausgegeben. Die Abschnitte sind bis spätestens Mittwoch abend in den Geschäften abzugeben. Die Kaufleute werden ersucht, die gesammelten Abschnitte am Donnerstag Vormittag dem Lebensmittelamt einzureichen. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Graupen ist 44 Pfg. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt Nr. 6 der Lebensmittelkarte des Kreises Kösln (nur für Versorgungsberechtigte) werden am Freitag, den 4. Juli pro Kopf 500 Gramm Gerstgrauen ausgegeben. Die Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abend in den Geschäften abzugeben. Die Kaufleute werden ersucht, die gesammelten Abschnitte am Freitag vormittag dem Lebensmittelamt einzureichen. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Graupen beträgt 44 Pfg. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt Nr. 6 der Lebensmittelkarte des Kreises Kösln (nur für Versorgungsberechtigte) werden am Freitag, den 4. Juli pro Kopf 500 Gramm Gerstgrauen ausgegeben. Die Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abend in den Geschäften abzugeben. Die Kaufleute werden ersucht, die gesammelten Abschnitte am Freitag vormittag dem Lebensmittelamt einzureichen. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Graupen beträgt 44 Pfg. Kösln, den 26. Juni 1919.

Der Magistrat.

Steter Eingang

daher in selten großer Auswahl

- Wäsche
- Krawatten
- Hosenträger
- Sockenhalter

in Seide, Gurt und Gummi

- Westen in weiß und farbig
- Westengürtel
- Unterzeuge
- Hüte und Mützen

ferner führe ich die echte Dauerwäsche in verschiedenen Formen

Ernst Nemitz

Neuetorstraße 9

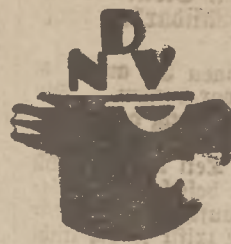
ff. Delikatesse-

Sauerkraut

1 Pfund 13 Pfg., 2 Pfd. 25 Pfg.

Franz Bewersdorff

Kösln, Bergstraße 36, Fernruf 61.



Einladung zum Parteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei

Zu dem ersten Parteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei laden wir hiermit die Mitglieder des Hauptvorstandes, die der Partei angehörenden Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlungen des Reiches und der Einzelstaaten und je einen Vertreter für jedes angefangene Tausend der Mitglieder jedes Kreisvereins ein. Der Parteitag findet am **Sonntag, den 12. Juli und Sonntag, den 13. Juli 1919** in Berlin im Großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße 22, vormittags 10 Uhr, statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Parteivorstandes Abg. Bergt-Berlin.
2. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
3. Beschlusfassung über die Parteifassung.
4. Die Tätigkeit der Partei in der Deutschen Nationalversammlung (Berichterstatter: Abg. Margarete Behm-Berlin).
5. Die Tätigkeit der Partei in der Preussischen Landesversammlung (Berichterstatter: Abg. v. Kardorff-Bissa).
6. Die Bilanz des Weltkrieges und der Revolution. (Berichterstatter: Abg. D. Traub-Dortmund).
7. Deutschlands politischer und kultureller Wiederaufbau. (Berichterstatter: Graf Westarp-Berlin, Abg. von Delbrück-Jena, Abg. D. Reinhard-Danzig).
8. Der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. (Berichterstatter: Abg. Eugen Berg-Neubrandenburg, Abg. v. d. Oden-Warwitz, Abg. Behrens-Bielefeld, Verbandsvorsitzender Kückelhaus-Essen).

Teilnehmerkarten für die stimmberechtigten Mitglieder des Parteitag werden diesen durch Vermittlung der Landesverbände zugestellt. Als nicht stimmberechtigte Gäste können sonstige eingeschriebene Mitglieder der Partei an dem Parteitag teilnehmen. Eintrittskarten für Gäste sind durch Vermittlung der Landesverbände, Kreisvereine oder Ortsgruppen bei der Hauptgeschäftsstelle der Deutsch-nationalen Volkspartei, Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24, zu erhalten und müssen auf den Namen des Teilnehmers ausgestellt sein.

Vorausbestellungen für Unterkunft in Hotels oder Privatquartier (Tagespreis des Privatquartiers 5 Mark) sind bis zum 4. Juli 1919 an die Hauptgeschäftsstelle der Partei zu richten. Bei Vorausbestellungen auf Hotelzimmer ist anzugeben, ob einfaches oder besseres Zimmer gewünscht wird. Die Vorausbesteller von Zimmern erhalten beim Eintreffen in Berlin in den Empfangsstellen für den Parteitag (Wartesaal 2. Klasse auf dem Anhalter, Potsdamer, Lehrter, Stettiner, Friedrichs-Bahnhof und Bahnhof Zoologischer Garten) Auskunft über ihr Quartier. Brot- und Fleischmarken mitbringen.

Auskunftsstelle für den Parteitag: Hauptgeschäftsstelle der Partei, Bernburger Straße 24. Anträge für den Parteitag sind bis zum 6. Juli an die Hauptgeschäftsstelle der Partei einzureichen.

Der Parteivorstand der Deutsch-nationalen Volkspartei. Staatsminister Herat, Zeitungsverleger Graef, Vorsitzender. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Vorstehende Einladung bringe ich zur Kenntnis der Mitglieder. Anmeldungen zur Teilnahme bitte ich bis zum 2. Juli an unsere Geschäftsstelle — Mühlentorstraße 34, 2 — Fernsprecher 498, zu richten.

Der Deutsch-nationale Volksverein Kösln. Dr. Zucke, Vorsitzender.

Ausflug.

Deutsch-nationale Frauengruppe.

Donnerstag, den 3. Juli: Ausflug nach Papiermühle (Kluth). Treffpunkt 2 Uhr Radettenhaus. Fahrgelegenheit vorhanden, Plätze bestellen. Anmeldung bis spätestens Sonnabend im Hausfrauenverein erbitten. Mitglieder und Freunde, sowie die deutsch-natl. Jugend sind herzlich eingeladen. Der Frauen-Ausschuß.



Sin mit Gänsen eingetroffen und stelle dieselben zum Verkauf.

Marx, Schlachthaus.

Die Ernte der Kirschenallee am Reptower Bauerdamm soll verpachtet werden. Anmeldung zur Besichtigung und Angebote an Inspektor Conrad in Reptow.

Freibank.

Sonabend, den 28. d. Mts., von 8,30 bis 10 Uhr Abgabe an Nr. 1251 bis 1300. Der Schlachthofdirektor.

Militärrenten

Noch nicht abgeholte am 28. pünktlich abheben. Postamt.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Landstraße von Zizmin nach Zizminer Mühle liegt bei dem Postamt in Janow von heute an 4 Wochen öffentlich aus. Ober-Postdirektion.

Räucherstündern

in der Fischhalle. Kösln, den 27. Juni 1919. Der Magistrat.

Erlaubnischeine zum Beerensammeln in den hiesigen Wäldern werden für dieses Jahr gemäß der Bestimmung des Regierungspräsidenten vom 10. Juni 1919 nur in beschränktem Maße vom Rentamt Wuffeden gegen eine Gebühr von 1 Mark ausgegeben. Verwaltung der Wuffedener Güter.

Montag, 30. 6., 10 H., Verpachtung der Sannow-Wiesen in Parzellen an Ort u. Stelle. v. Schmeling.

Weidenpflanzen

kräftige, gesunde Weidenpflanzen in großen und kleinen Posten abzugeben. Per Tausend 5 Mark. Gutsverwaltung Bonin d. Manow.

Eine Honigschleuder

zu verkaufen Junkerstr. 8.

Lüdtkescher Saal,

Sonabend, den 28. Juni, pünktlich 7 Uhr

2. Konzert,

veranstaltet von Clara Klein. Programm: Lannhäusermarsch, 8händ., Wagner. 6. Mir varié (Viol.) Beriot. Türkischer Marsch, Mozart. Caprice br. 2 Klav. 4händ., Mendelssohn. Träumerei (Cello), Schumann. Akademische Festouvertüre, Brahms.

8 1/2 Uhr: Indische Fantasie, 2 Kl. 4händ., Busoni. Große Don Juan-Fantasie, Mozart-Liszt. Ges.: Halleluja, Hummel. „Es blüht d. Lili“, Rubinstein. „Wald-einsamkeit“, Reger. A-dur-Konzert, 2 Klav. 4händ. Liszt. Billets sind b. Herrn Ludwig a. h.

Häufelpflüge

Einschaarpflüge Kultivatoren 5 u. 7 zinkig Kultivatorschaare und Zinken verkauft billigst Ernst Wolf, Mühlentorstraße 45.

Kaufen jeden Posten Eier

Konditorei u. Cafe Gebr. Aufsrat, Bergstraße 20.

Ratten, Mäuse, Schwaben, Wanzen vernichtet unter Garantie Kammerjäger Schwan, Stargard i. Pom., Pelzstraße 7.

Ich treffe Dienstag, den 1. Juli, morgens 8 Uhr, mit einem Posten **Gänse** auf Bahnhof Altwiek ein. **Karl Panten.**

Stelle meine beiden **Pferde, braun, Wallache** 1,65 Mtr. groß, sofort preiswert zum Verkauf. **Kroß-Wilhelmshof 1 a.**

Lebende Krebse G. Moutoux.

Ziegeldecker und Pappdecker bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht **Hermann Gels, Bütow.**

Kohleleger zum Verlegen v. größeren Zementrohrleitungen sofort gesucht. **Aug. Brodowski, Kösln.**

Tüchtiges Alleinmädchen bei gutem Gehalt und guter Verpflegung für Haushalt von drei Personen gesucht. **Frau Gertrud Bartel, Berlin-Friedenau, Kirchstraße 19.**

Pos. Flücht. ev. gepr. Lehrerin 25. Jhr. muß sehr anderslieb **sucht Erzieherinnenstelle** bei Kindern der Unterstufe. Ist auch bereit, im Haushalt zu helfen. Familienanschluß Bedingung. **Gerter, Groß-Möllen bei Kösln, Haus Freyer, neben dem Rathaus.**

Tüchtiges ehrliches Hausmädchen sofort oder zum 1. 8. gesucht. Gehalt 60 M. **Danowski, Bergstr. 29.**

Existenzsuchende wenden sich mit Rückporto an **A. Stampader, München 23/116.**

Güter und Landgrundstücke in jeder Größe bis zu 1 Million Mark Anzahlung sofort zu kaufen gesucht. **Vahl, Markt 22, Eingang Rosmarinstraße, Telefon 574.**

Bäckereigrundstück von sofort zu kaufen oder pachten gesucht. Offerten unter B. 374 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort **G. Blume & Co., Hamburg 5.**

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht **K. Calderarow, Hamburg 5.**

Ein Laden zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Vom 13. bis 27. Juli für junge Dame **möbl. Zimmer** in gutem Hause ges. Angeb. mit Preis unter B 372 an die Geschäftsstelle des Köslners Volksblatts.

Von Anfang Juli auf längere Dauer für Ehepaar **2 möblierte Zimmer** gesucht. Angebote unter A 373 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbitten.

Neuer Gesellschaftsanzug (Behrod) für große schlanke Figur zu verkaufen Rogzower Allee 13, 1.

1 Paar lange Gummistiefel zu verkaufen. **Moede, Gärtnerstr. 8.**

Ein fast neuer **Offiziers-Sattel** sehr gut erhaltenes **Jaumzeug mit Gebissen** und Vorderzeug zu verkaufen. Preis 500 Mark. Angebote unter B. 368 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Schlern gefunden. Auf der Chaussee beim Radettenhaus einen Regenschirm gefunden. **Abzuholen Forsthaus Gokenberg.**

1 starkes **Arbeitspferd** sucht zu kaufen **A. Treptow.**

Eine hochtragende Sau steht zum Verkauf. Wo sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein 6jähriger Kappe (Wallach), 1,70 m groß, steht zum Verkauf oder Tausch. **Lüttschwager, Mühlentorstr. 6.**

Ein Pferd, 3 1/2 Jahre alt, 1,70 m groß, steht zum Verkauf. **August Otto, Klein-Möllen.**

Mittelpferd gesund und aufgefit, steht zum Verkauf **Kl. Baufr. 11.**

Ein weißer Spitz zugelassen. Gegen Kosten abzuholen **Gemeindepost. Mielke, Labus.**

Ein kräftiger **Zughund** zu kaufen gesucht. **W. Schwante, Fleischermeister, Neuetorstraße 40.**

Nähfaden schwarz u. weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberollen. 4.40 M. 6. Flügge, München 45/138.

Kirchliche Anzeigen. Sonntag, den 29. Juni 1919. **St. Marienkirche.**

8,30 Uhr Gottesdienst bei gänzlichem Wetter auf dem Golten am Kreuz. Sonst um 8 Uhr in der Kirche. **Superint. Lic. Meyer.**

10 Uhr Gottesdienst, Besuche und heil. Abendmahl. **Pastor Bärowald.**

2 Uhr Kindergottesdienst. **Pastor Banjelow.**

10 1/2 Uhr Gottesdienst. **Gemeindehaus.**

Jungfrauenverein 7 Uhr. Eltern u. Freunde sind eingeladen. **Jünglingsverein 8 Uhr: Plattdeutscher Abend.**

Dienstag, den 1. Juli. 8 Uhr Bibelstunde. **Pastor Bärowald.**

10 Uhr vorm. Gottesdienst. **Schloßkirche.**

5 Uhr nachm. Gottesdienst im guten Hirten in Rogzow. **Pastor Jobst.**

10 Uhr vorm. Gottesdienst. **Diaconissenanstalt Salam.**

11,30 Uhr Kindergottesdienst. **Superintendent Braun.**

10 Uhr vorm. Gottesdienst. **Kapelle des Radettenhauses.**

10 Uhr vorm. Gottesdienst. **Pfarrer Heme.**

10 Uhr vorm. und abends 8 Uhr Predigt. **Methodistengemeinde. (Bühlertstr. 24.)**

Freitag abend 8,15 Uhr Bibelstunde. **Hilfsprediger Petrowsky.**

7,30 Kommunionausstellung. **St. Josephskirche.**

9 Uhr Hochamt (Erstkommunion). **St. Josephskirche.**

8 Uhr Segensandacht. **St. Josephskirche.**

Köslnrer Veranstaltungen. Freitag, den 27. Juni 1919. Schülerkonzert veranstaltet von Zil. **Kl. Klein, abends 7 Uhr bei Lädte.**

Arbeiterheim-Genossenschaft abends 8,30 Uhr Generalversammlung im Gemeindehaus.

Turnverein, ab 7,30 Uhr Neben der Jugend- und Männerabteilung. **Spielplatz, Moritzstraße.**

Anzeigen aus Janow. Kirchliche Nachrichten für Janow. Sonntag, den 29. Juni.

10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst. **1 Uhr Kindergottesdienst.**

2 Uhr Blaufreuzverein. **8,15 Uhr Religions-Disputationen** abend im Gemeindefaal.

Dienstag, den 1. Juli. **8 Uhr Jungfrauenverein.**

Mittwoch, den 2. Juli. **8 Uhr Jünglingsverein.**